

2014.3

KOMPASS

[/kompass.im](http://kompass.im)

Demokratie und Freiheit, Bürgerrechte und informationelle Selbstbestimmung, Transparenz in Politik und Staat, existentielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe, freier Zugang zu Information und Bildung, ein bürgerfreundliches Urheber- und Patentrecht, sowie weitere

Themen, die Piraten bewegen

Fotomontage: CC BY-NC-ND be-him



Unser ganzes Leben wird aufgezeichnet: Geheimdienste speichern alles, was sie abgreifen können. Wie läßt sich dieser verdeckte Apparat noch kontrollieren? Was muß sich ändern?

SEITE 4

Rechtsruck

NAZIS IM STADTRAT

SEITE 10

Leben

**ANDERSRUM: KEINE
KINDERGESCHICHTE**

SEITE 14

Bewegung

**PADELUUN VON
DIGITALCOURAGE**

SEITE 21

wird herausgegeben vom Denk Selbst e.V. und erscheint vierteljährlich. Die Zeitung gibt stets lediglich die Meinung der Autoren eines Artikels wieder. Diese Piratenzeitung ist keine Piratenpartei-Zeitung!

<http://kompass.im/>
kompass@piratenzeitung.de
Twitter: @Kompass_

Mitwirkende
Jürgen Asbeck/Timecodex (Red., V.i.S.d.P für die Seiten XXXXXXXX)
Michael Balke/Blake Haclemi (Red. und Vertrieb)
Radbert Grimmig (Lektorat) be-him (Fotos / Grafiken)
Stefan Müller/stm (Red., V.i.S.d.P für die Seiten XXXXXXXX)
Ulrich Scharfenort/ulrics (Red.)
Christine Zander (Red., Layout)
Finanzen: Volker Neubert

Autoren
Jürgen Asbeck/Timecodex
Michael Balke/blake, Markus Kompa
Stefan Müller/stm
Ulrich Scharfenort/ulrics
Jens Stomber/ZombBi, Yves Venedey

Dank an
Rosa Ananitschev („Andersrum“), Ilja Braun („BGE statt Urheberrecht“), Patrick Breyer (MdL Piraten Schleswig-Holstein), Christian Heise (FREIFUNK), Frank Herrmann (MdL Piraten NRW), Thomas Küppers (AG Sozialpiraten), Philipp Magalski (MdA Piraten Berlin), Jasmin Maurer (MdL Piraten Saarland), Monic Meisel (FREIFUNK), Jens Ofiera (Piratenfraktion NRW), „Padelu“ (Freiheit statt Angst FSA/DigitalCourage.de), Katharina Nocun (CAMPACT), Annekathrin Ruhose (Piraten Berlin), Ingo Schneider (Piraten NRW), Mario Tants (Piraten Schleswig-Holstein), Kristos Thingilouthis (Pol. GF Piratenpartei Deutschland), Yves Venedey (CAMPACT), Marina Vink (Piraten Saarland)

Titelbild Bettina Himmes - be-him

Layout Christine Zander

Vertrieb Michael Balke
vertrieb@denk-selbst.org

Finanzen Volker Neubert

Post an Kompass

Denk Selbst e.V.
z.H. Volker Neubert
Hackenbroicher Weg 24
50259 Pulheim

 Kopieren erlaubt!

Alle Inhalte, Texte, Bilder und Illustrationen etc. stehen unter Creative Commons BY-NC-ND (soweit nicht anders gekennzeichnet)

Den exakten Lizenztext lesen Sie bitte vor Ihrer Nutzung im Web auf <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Ein Produkt der ArbeitsGemeinschaft

PIRATENZEITUNG
www.piratenzeitung.de

Editorial

Ahoi, liebe Lesende!



CC BY-SA KRISTOS THINGILOUTHIS / PIRAT_KRISTOS

Wir werden ausspioniert! So geht man nicht mit seinen Freunden um! Seit 9/11 wird weltweit die Angst vor Terroristen geschürt. Diese Angst benutzen Regierungen und Geheimdienste, um die Grundrechte der Menschen auszuhebeln. Mit der Terrordrohung begründen sie das Abschöpfen aller persönlichen Informationen, seien sie öffentlich oder privat. Sind die deutschen Geheimdienste denn nur ein vollkommen kritikloser Wurmfortsatz der US-Dienste? „Neun von zehn Menschen, deren Internetkommunikationen der US-Geheimdienst NSA abgefangen hat, sind laut „Washington Post“ gewöhnliche Bürger.“ Das geht aus einem Datensatz hervor, den der Enthüller Edward Snowden der Zeitung zur Verfügung gestellt hat. Wir Piraten unterstützen Technik, die „Big Brother“ das Ausspähen Unschuldiger erschwert. Von der Berliner „Merkel-Regierung“ und der Opposition können wir keine Unterstützung erwarten. Auf die öffentliche „Placebopolitik“ müssen endlich auch politische Konsequenzen folgen. Die deutsche Regierung muss jetzt handeln! **Wir sind keine Terroristen!**



Post

Freifunk statt Angst

Abmahnung an Privatmenschen für verbotene Downloads aus ihrem offenem WLAN, das man vielleicht mit Nachbarn oder Passanten geteilt hat? So etwas blockiert Internet-Verschenken in Deutschland 2014. Die Initiative freifunk.net klagte im Juli erfolgreich gegen eine Abmahnung aus dieser sogenannten „Störerhaftung“. Kurze Zeit nachdem wir die negative Feststellungsklage gegen Twentieth Century Fox Home Entertainment Germany GmbH bei Gericht einreichten, nahmen sie alle Ansprüche gegen den Kläger außergerichtlich zurück.

Momentan gibt es sehr unterschiedliche Rechtsprechung im Bezug auf die Störerhaftung. Die Abmahnkanzleien nutzen diese Unsicherheit aus. Wir sind der Meinung, das ist nicht rechents. Ziel ist es, klar zu stellen, dass nicht nur Hotels, Cafés oder Besitzer von Ferienwohnungen von der Störerhaftung zu befreien sind. Um Nutzern Internetzugang anzubieten, ist es nicht notwendig, Daten der Nutzer zu sammeln.

Wenn die Abmahnkanzlei erneut Freifunker_innen abmahnt, können wir sie unter Bezugnahme auf das Urteil auffordern, die Ansprüche zurück zu ziehen. Unser primäres Ziel ist, rechtssicher freie Infrastruktur aufzubauen zu können, nicht in das Abmahngeschäft einzusteigen

Für die Klage selbst benötigen wir kein Geld, aber Du kannst die aktuellen lokalen Projekte unterstützen:

<http://freifunk.net/wie-mache-ich-mit/spende-fuer-die-projekte/>

Monic Meisel und Christian Heise,

CC BY-NC-SA FREIFUNKSTATTANGST.DE

[Schreibt!]

Die Redaktion freut sich auf Zuschriften und Anregungen: sendet sie an kontakt@denkselbst.org. Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos: CC BY-NC-ND: be-him, Sneaky Pie, Lutz-R. Frank, madmonk111, Sharell Cook, CC BY-SA: Arvid Grimm, Dirk Messer



TERMINE

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM

26.- 29. September:
Freedom not Fear, Brüssel
<http://www.freedomnotfear.org>

Eine mehrtägige Veranstaltung: diese internationalen Aktionstage gibt es seit 2008, sie wollen Aktivisten, NGOs und Parlamentarier in und um das Europaparlament vernetzen. So wird eine starke Allianz für Bürgerrechte geschaffen, als Gegenpol in einer Welt voll verschärfter Überwachung. Thematische Workshop-Arbeit steht im Mittelpunkt, es wird aber auch „Outside-Aktionen“ geben. Das alles im nachhaltigen Konferenzzentrum Mundo-B, Rue d'Edimbourg 26, 1050 Bruxelles, Belgien.

1. November:
Glücklich ohne Überwachung am DECIX Frankfurt
<http://gluecklich-ohne-ueberwachung.de>

Der DECIX ist der größte Internet-Verkehrskreuzung in Europa. Nahezu jedes Datenpaket, das den heimatischen Provider verlässt, kommt am DECIX vorbei. PIRATEN wollen dort demonstrieren, weil der Bundesnachrichtendienst dort Daten abfischt und an den US-Geheimdienst NSA weiterleitet. Das ganze hat schon die rot-grüne Bundesregierung gestattet.

Illustration: CC BY-SA: Wika



Geheimdienste: der totale Angriff auf Bürgerrechte

Eine Umfrage aus Juli 2014: über 52 Prozent der Deutschen fordern Sofortmaßnahmen gegen die NSA- und sonstige Ausspähungen. Whistleblower Snowden zittert um sein Asyl. Doch Bundeskanzlerin Merkel, selbst auf ihrem Handy NSA-beschüttelt, wiegt ab. Seit über einem Jahr keine Reaktion.

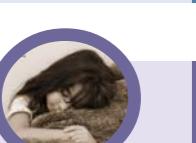
Markus Kompa berichtet, was sich in der Welt der Geheimen ändern muss. Jens Stomber erklärt die Ausspäh-Methoden der NSA

Seite 4

Rechtsruck im Rathaus

Überzeugte Nationalsozialisten ergatterten bei den Mai-Kommunalwahlen den einen oder anderen Sitz im Rathaus. Dagegen muss man sich stellen.

Seite 10



Themen, die bewegen

Seite 12

Andersrum: Geschichte eines Kindes

Seite 14

World of Freedom III

Seite 16

Medientipps

Seite 18

Aus den Fraktionen

Seite 19

Handy weg, was tun?

Seite 20



Im Gespräch: Padeluun

Seite 21

BGE für Künstler

Seite 22



GEHEIMDIENSTE: WER BEWACHT DIE WÄCHTER?

CC BY-SA MARKUS KOMPA

Wie deutsche Geheimdienste kontrolliert werden - oder auch nicht

Die gegenwärtigen deutschen Geheimdienste bewegen sich zwar im Dunkeln, nicht aber im „rechtsfreien Raum“. Wie die Kontrolle dieser Behörden - theoretisch - funktioniert, soll hier kurz skizziert werden.



Fotos: CC BY-NC-ND: Mateusz Stachowski, Piratenpartei, Colin Brough

SCHLECHTE ERFAHRUNGEN

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wirkte mit der „Organisation Gehlen“ und dem 1968 hieraus hervorgegangenen Bundesnachrichtendienst ein Geheimdienst, in dem rechtskonservative Personen eigenmächtig die Nachkriegspolitik beeinflussten. Das Grundgesetz existierte für General Reinhard Gehlen nur auf dem Papier. So legte Gehlen Dossiers mit belastbarem Material über Personen an und manipulierte die Medien, Politiker und Militärs im Sinne des Kalten Kriegs. Gehlen rechnete mit einem absehbaren wie unausweichlichen Krieg mit der Sowjetunion, auf den er den Westen vorbereiten wollte. Sein Dienst, der etliche Altnazis beschäftigte, finanzierte zu Propagandazwecken verdeckt politische Bücher, Zeitungen und sogar Heimatfilme, um Patriotismus zu fördern.

Gehlen kontrollierte die Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus durch das Münchner „Institut für Zeitgeschichte“. Trotz evidenter Verfassungswidrigkeit öffneten auch westliche Stellen massenhaft Briefe und zensierten aus dem Osten versandte politische Propaganda. In Ostdeutschland bildete sich mit dem - von außen unkontrollierten - Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ein, im Verhältnis zur Einwohnerzahl der DDR, personell gigantisch besetzter Geheimdienst, der sich zu einem totalitären Instrument des Staates gegen die eigene Bevölkerung entwickelte. Das MfS agierte als Geheimpolizei und baute einen im Alltag spürbaren Überwachungsdruck auf. Durch intensives Abhören westdeutscher Kommunikation war das MfS umfassend informiert und griff bisweilen auch in die Politik der Bundesrepublik ein. Das weit ausgebaut Spitzelsystem führte dazu, dass informelle Mitarbeiter sogar über beste Freunde oder gar Ehepartner an den Dienst berichteten. Karriere war systemtreuen Bürgern vorbehalten, Dissidenten kamen in Haft. Das MfS führte Listen mit 86.000 Personen, von denen

zuletzt etwa 13.000 im inneren Spannungsfall oder im Verteidigungsfall in Internierungslager eingesperrt werden sollten. also „Freifunk Köln, Bonn“.

DEUTSCHE GEHEIMDIENSTE DER GEGENWART

Für die Aufklärung im Ausland ist der Bundesnachrichtendienst (BND) zuständig, mit ca. 6.000 Mitarbeitern der mit Abstand größte deutsche Geheimdienst. Im Inland befassen sich das Bundesamt, sowie die Landesämter für Verfassungsschutz (BfV, LfV) mit Sicherheitsüberprüfungen von Staatsbediensteten, sowie der Abwehr von Spionage, Terror und Extremismus. Für den Bereich der Streitkräfte ist insoweit der Militärische Abschirmdienst (MAD) verantwortlich.

Kein Geheimdienst im nachrichtendienstlichen Sinne ist die Bundeswehr-Eliteeinheit „Kommando Spezialkräfte“ (KSK), deren Arbeit allerdings absoluter Geheimhaltung unterliegt und die ebenfalls Spähaufgaben übernimmt.

Gehlen kontrollierte die Geschichtsschreibung zum Nationalsozialismus durch das Münchner „Institut für Zeitgeschichte“. Trotz evidenter Verfassungswidrigkeit öffneten auch westliche Stellen massenhaft Briefe und zensierten aus dem Osten versandte politische Propaganda. In Ostdeutschland bildete sich mit dem - von außen unkontrollierten - Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ein, im Verhältnis zur Einwohnerzahl der DDR, personell gigantisch besetzter Geheimdienst, der sich zu einem totalitären Instrument des Staates gegen die eigene Bevölkerung entwickelte. Das MfS agierte als Geheimpolizei und baute einen im Alltag spürbaren Überwachungsdruck auf. Durch intensives Abhören westdeutscher Kommunikation war das MfS umfassend informiert und griff bisweilen auch in die Politik der Bundesrepublik ein. Das weit ausgebaut Spitzelsystem führte dazu, dass informelle Mitarbeiter sogar über beste Freunde oder gar Ehepartner an den Dienst berichteten. Karriere war systemtreuen Bürgern vorbehalten, Dissidenten kamen in Haft. Das MfS führte Listen mit 86.000 Personen, von denen

geraten nur dann vor den Richter, wenn Betroffene oder die Staatsanwaltschaft Klage beziehungsweise Anklage erheben.

Da ein Großteil der Geheimdienstmitarbeiter verbeamtet ist,

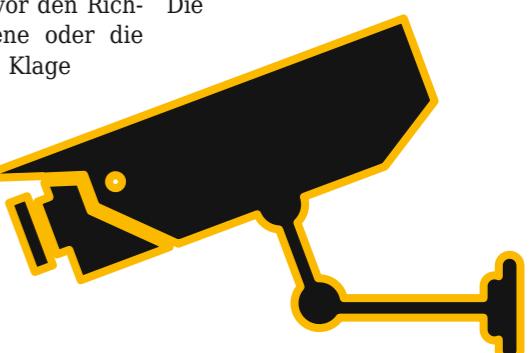
erfreuen sich Verwaltungsgerichte reger Beschäftigung mit den Geheimen. Für Aufsehen etwa sorgten vor ein paar Jahren von der Bundeswehr an den BND ausgeliehene Soldatinnen, die gegen ihren Ausschluss bei der Wahl der Gleichstellungsbeauftragten bis zum Bundesverwaltungsgericht klagten.

Grundsätzlich hat jede Person auch datenschutzrechtliche Ansprüche auf Auskunft, welche Informationen die Dienste über sie gespeichert haben. Die mit nachrichtendienstlichen Methoden gewonnenen Erkenntnisse, werden dabei jedoch nicht vorgelegt. Die Dienste leisten oft großen juristischen Widerstand, um Einblicke die Akten zu vermeiden. Grundgesetzf. muss das

Obervorwaltungsgericht in sogenannten „In-Camera-Verfahren“ prüfen, ob Geheimhaltungsinteressen entgegenstehen. Gelegentlich schlägt der Reißwolf zu. Wie die NSA-Affäre insbesondere am Tatort Deutschland zeigte, ist die Justiz nicht in der Lage, politische Straftaten wie Spionage und Beihilfe zu Tötungsdelikten im Ausland zu verfolgen.

2. Verwaltungskontrolle

Innerhalb der Dienste herrscht berufsbedingt oft ein Klima des Misstrauens, schon weil man professionell mit Schwachstellen wie Doppelagenten rechnen muss. Aber auch wegen existierender „Kollegenrivalität“ sehen sich in den Abteilungen einer Vielzahl an internen Dienstanweisungen und müssen ihre Arbeit dokumentieren. Bei Massnahmen wie dem Abhören oder der Postöffnung, müssen die betroffenen Bürger gegebenenfalls nach dem G10-Gesetz nachträglich unterrichtet werden. Rechtsverstöße



Dienste verfügen über technisch beeindruckend ausgestattete Observationsteams, mit denen etwa verdächtige Kollegen beobachtet werden. Vertikale Kontrolle funktioniert manchmal auch von unten nach oben: Als auf den zwielichtigen BND-Gründer General Gehlen 1968 der gemäßigtere BND-Chef Gerhard Wessel folgte, trug ein Team einige Zeit später einen Waschkorb voller Wanzen aus dessen Dienstvilla, weil etliche BNDler offenbar ihrem neuen Präsidenten misstrauten.

Die Aufsicht über den BND führt das Bundeskanzleramt, konkret der Geheimdienstkoordinator. Die Verfassungsschützämter unterstehen den Innenministerien des Bundes und der Länder, der Militärische Abschirmdienst (MAD) dem Bundesverteidigungsministerium. Ministerien und Bundeskanzleramt verfügen über spezielle Referate für die Dienste, haben umfassendes Auskunftsrecht und dürfen Akten einsehen.

Außerdem interessiert sich der Bundesrechnungshof hier für das wirtschaftliche Arbeiten und die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel. Soweit zwingende Geheimhaltung erforderlich ist, fällt diese Aufgabe nach § 10a Bundeshaushaltsgesetz einem parlamentarischen Vertrauensgremium zu. Der vom Parlament bestellte Bundesbeauftragte für Datenschutz ist auch für die Geheimdienste zuständig, wobei er wie sonst auch Zutrittsrechte vor Ort usw. hat. Der ebenfalls vom Bundestag bestellte Wehrbeauftragte schützt auch im MAD die Rechte von Angehörigen der Bundeswehr.

3. Parlamentarische Kontrolle

Aus den USA stammt das Konzept parlamentarischer Geheimdienstausschüsse, die dort vor allem Mitte der 1970er Jahre Wirkung zeigten. In Deutschland werden diverse Ausschüsse im Bundestag und den Landesparlamenten fraktionsübergreifend gebildet. Nach einem Skandal führte man 1978 im Bundestag als ständig tagenden Ausschuss das parlamentarische Kontrollgremium (PkGr) ein, das verfassungsrechtlich in Artikel 45d Grundgesetz verankert wurde.

Die dem PkGr angehörenden Bundestagsabgeordneten haben auf Anfrage im Prinzip Zugang zu allen Geheimnissen der Dienste und dürfen sich jede Tür öffnen lassen. Die Gremiumsmitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Allerdings

Da es bislang in Deutschland kein Whistleblowerschutzgesetz gibt, riskieren Tippgeber etliche Nachteile. In den parlamentarischen Kontrollgremien der Landtage in NRW, Schleswig-Holstein, Saarland und Berlin stellen die Piraten jeweils ein ordentliches Mitglied.

Diese Gremien betreffen vorwiegend Fragen des Verfassungsschutzes. Weitere parlamentarische Gremien in Bund und Ländern sind die jeweiligen G10-Kommissionen, in denen Parlamentarier gemäß Artikel 10 Grundgesetz und dem sogenannten G10-Gesetz die Überwachung von Telekommunikation und Post auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen.

So müssen die Dienste ihre Spähmaßnahmen nachträglich belegt. Problematisch ist insbesondere die Mitwirkung der KSK an Festnahmen von Verdächtigen. Manchmal wird angeblich

Für die Kontrolle über die parlamentarische Haushaltshoheit ist das bereits genannte Vertrauensgremium nach § 10a Bundeshaushaltsgesetz zuständig. Neben dieser institutionellen Gremien, kann der Bundestag nach Artikel 44 Grundgesetz, die Einrichtung von außerordentlichen Untersuchungsausschüssen beschließen.

Aktuell bemühen sich der NSU- und der NSA-Ausschuss, Licht ins Geheimdienstdunkel zu bringen.

Die Bundeswehr-Eliteeinheit „Kommando Spezialkräfte (KSK)“ wird durch ein weiteres parlamentarisches Gremium von 14 Bundestagsangehörigen überprüft. Das KSK führt auch militärische Aufklärungsmissionen durch und ist anbrisanten militärischen Operationen beteiligt. Problematisch ist insbesondere die Mitwirkung der KSK an Festnahmen von Verdächtigen.

breiten, etwa bei Cablegate und Snowdengate. Berichterstattung über Geheimdienste wird häufig von der Nähe entsprechend spezialisierter Journalisten zu den Diensten beeinflusst. Wohlverhalten wird mit Informationen belohnt. Der Wert politischer Journalisten bemisst sich mit deren möglichst exklusiven Quellen, mit denen man es sich ungern verscherzt.

Ob die Geheimdienstkontrolle funktioniert, können letztlich nur Historiker beurteilen. Zur Forschung werden daher - nach Ablauf jahrzehntelanger Geheimhaltungsfristen - Akten für die Forschung zugänglich gemacht, was aktive Geheimdienstler ebenfalls einkalkulieren müssen. Allerdings sträuben sich die Dienste nach Kräften gegen Klagen auf Aktenfreiheit. Manchmal wird angeblich



beklagen PkGr-Angehörige häufig, dass sie kaum mehr Informationen bekommen, als sie ohnehin einen Tag später in der Zeitung lesen können. Die zum Teil fachfremden Abgeordneten, die als Politiker ihre Zeit auch für Bundestag, Parteiarbeit und Wahlkämpfe aufwenden müssen, dürfen wegen der Geheimhaltung hierfür keine eigenen Mitarbeiter beschäftigen. Bei circa 10.000 deutschen Geheimdienstmitarbeitern und deren Fähigkeit, ihre Arbeit zu verschleiern, können die derzeit gerade einmal neun Gremiumsmitglieder nicht ansatzweise eine effiziente Kontrolle leisten, zumal etwa die Hälfte der Regierung angehört und daher einem Interessenkonflikt unterliegt. PkGr-Mitglieder können nur dann die richtigen Fragen stellen, wenn sie Wind von einem Missstand bekommen.

onen sind deutlich größer als etwa die PkGr und beschäftigen geheime Lager verbracht werden, wo Todesstrafe und Water Boarding drohen und ihnen kein faires Verfahren gewährt wird. 4. Öffentliche Medien als sogenannte „Vierte Gewalt“

gen, die in die USA und deren geheime Lager verbracht werden, wo Todesstrafe und Water Boarding drohen und ihnen kein faires Verfahren gewährt wird.

4. Öffentliche Medien als sogenannte „Vierte Gewalt“

versehentlich die falsche Akte geschreddert.

5. Nachrichtendienstliche Kontrolle

Geheimdienstmitarbeiter werden nicht nur dienstintern, sondern auch von Verfassungsschutz und MAD auf Sicherheitsrisiken hin überprüft. Als Kontrolle kann man zynisch auch das Infiltrieren durch Geheimdienste fremder Nationen bewerten. Während des Kalten Kriegs etwa hatte das MfS durch ranghohe Doppelagenten und nahezu umfassende Überwachung des westdeutschen Telefonnetzes die westdeutschen Dienste penetriert und aus taktilen Gründen allerhand an die Medien lanciert. Wie der jüngste Spionageskandal zeigt, führt auch die CIA im befreundeten(?) BND Doppelagenten.

Seit dem Internetzeitalter können Whistleblower auch ungefiltert ihre Informationen ver-

KRITIK

Die deutschen Geheimdienste gelten im internationalen Maßstab als „beamtenmäßig“ und korrekt handelnd. „Nasse Sachen“ wie Morde und Entführungen sind nicht bekannt. Angesichts der Vielzahl an Vorschriften und Kontrollen wäre es Polemik, die gegenwärtigen deutschen Geheimdienste als willkürliche Herrschaftsinstrumente darzustellen.

Allerdings wurden Konzepte wie die strenge Trennung der Dienste, etwa das Operationsverbot für den BND innerhalb Deutschlands,

auf der Arbeitsebene durch das Konstrukt der Amtshilfe unterlaufen. So tauschten sich die Vertreter der Dienste informell aus, eine Hand wusch die andere. Inzwischen gibt es ganz offiziell das dienstübergreifende „Terrorabwehrzentrum zur Koordinierung

zum Kriegsteilnehmer. Im Afghanistankrieg erfuhr die deutsche Öffentlichkeit erstmals durch US-Journalisten, dass die ebenfalls geheime Eliteeinheit „Kommando Spezialkräfte“ aktiv mitkämpfte. Innerhalb Deutschlands ließ man „befreundete Dienste“ wie CIA und NSA gewähren wie in einer Kolonie. Der BND fiel immer wieder bei Beteiligung und Tarung von Waffenexporten in Krisenregionen auf. Fragwürdig ist auch das Training ausländischer Spezialeinheiten in Deutschland, darunter etwa der ukrainische Berkut.

Bei der Eigensicherung spionierte der BND bis vor einem Jahrzehnt innerhalb Deutschland Journalisten mit hohem Aufwand aus. Vor allem der Verfassungsschutz steht in der Kritik. So waren viele Lehrerkarrieren nach dem Zweiten Staatsexamen beendet, wenn man sich im Studium mal bei einer kommunistischen Partei hatte blicken lassen und damit nicht mehr in den Staatsdienst durfte.

In gewisse Dateien konnte man schon dann geraten, wenn das Autokennzeichen bei kernkraftkritischen Demonstrationen gesichtet wurde. Erfolge gegen den Terror der RAF erzielte nicht der Verfassungsschutz, sondern vor allem das BKA. Gegen das MfS vermochte der Verfassungsschutz kaum etwas auszurichten. Befremdlich erwiesen sich Operationen auf der Führungsebene rechter Parteien, den Terror der NSU hingegen erkannte man nicht einmal. Der Verfassungsschutz schritt offenbar nicht ein, als US-Firmen mit NSA- und CIA-Agenten die USA mit militärischen Informationen aus Bagdad und machten damit Deutschland

MISSBRAUCHSGEFAHR

Kritikwürdig ist vor allem die Jahrzehntelange Beobachtung von Parlamentariern und Freidenkern durch den Verfassungsschutz, wobei dessen Interesse auffällig den demokratisch gewählten Politikern der Linkspartei galt, darunter sogar der Bundestagsvizepräsidentin. Ein Großteil dieser Überwachungen wurde inzwischen für verfassungswidrig erklärt. Es besteht prinzipiell das Risiko, dass Regierungen Geheimdienstinformationen gezielt gegen oppositionelle Politiker einsetzen.

Instrumente wie Vorratsdatenspeicherung, Prism und Tempora sind daher gefährlich. Durch die Duldung des Ausspähens der eigenen Bevölkerung, hat sich Deutschland für das Ausland erpressbar gemacht. Derartiges abzuwehren wäre eine sinnvolle Aufgabe für Geheimdienste gewesen. Geheimdienstmaterial kann aufgebauscht und politisch eingesetzt werden. Etliche Vorstellungen etwa US-amerikanischer Strategen über den Ostblock gründen auf Überreibungen von Verschwörungstheorien.

Im Jugoslawienkrieg wurde der deutschen Öffentlichkeit eine andere Erkenntnislage präsentiert, als sie dem Militär vorlag. Der jüngste Golfkrieg wurde mit dem BND aufgetischt. Märchen eines Hochstaplers über angebliche Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt, was das Weiße Haus als „harte Beweise“ hinstellte.

Über den Sinn und Unsinn von Geheimdiensten wurde viel geschrieben. Tatsächlich benötigen politische Entscheidungsträger zuverlässige Informationen über das Ausland, die sich ungefiltert nur aus erster Hand gewinnen lassen. Experten wie immerhin der vormalige technische Direktor der NSA, William Binney, bezweifeln allerdings den Wert der Totalüberwachung im Kampf gegen den Terror.

Die Informationen, die in Deutschland über angebliche „Terroristen“ gesammelt werden, dienen den USA als Grundlage für Exekutionen Verdächtiger, die massenhaft mit Drohnen durchgeführt werden. Ein Rechtsstaat, der insbesondere der Menschenwürde in Artikel 1 Grundgesetz verpflichtet ist, darf hierbei nicht kooperieren.

Weitere Informationen zum Thema findet man in dem Buch von Smid, Poppe, Krieger, Müller-Enbergs: „Geheimhaltung und Transparenz. Demokratische Kontrolle der Geheimdienste im Internationalen Vergleich.“ Lit Verlag, Münster, 2007, sowie bei Stefanie Waske: „Mehr Liaison als Kontrolle“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009, für die Periode von 1955 bis 1978.

Der Autor dieses Beitrags ist Rechtsanwalt und Journalist. Im Heise-Verlag veröffentlichte er 2013 das E-Pub COLD WAR LEAKS über Geheimdienstliches im Kalten Krieg.



NSA – TECHNIK UND PROGRAMME

CC BY-SA JENS STOMBER/ZOMBI

Die NSA, ein Auslandsgeheimdienst der USA, ist speziell für die weltweite Überwachung, Entschlüsselung und Auswertung elektronischer Kommunikation zuständig. Die passiven, also rein mitlauschenden Abhörprogramme der NSA gliedern sich grob in drei verschiedene Bereiche:

1. MAINWAY

Die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten (in den USA auch call-detail-records genannt) läuft in diesem NSA-Programm.

Es werden die call-detail-records von allen Telefonaten für mindestens fünf Jahre gespeichert. Die Daten stehen der NSA und dem FBI zur Verfügung.

Im Unterschied zu Deutschland wurde die Vorgehensweise nicht durch ein öffentliches Gesetzgebungsverfahren legitimiert, sondern durch geheime Verfügungen von jeweils drei Monaten Dauer über Jahre hinweg hinter dem Rücken der amerikanischen Öffentlichkeit erwirkt und verdeckt durchgeführt. Den beteiligten Telefongesellschaften war es bei Strafe untersagt, Dritte über die Überwachung in Kenntnis zu setzen.

Ein weiterer Unterschied ist, dass die Vorratsdaten nicht bei den Telefongesellschaften, sondern bei der NSA gespeichert werden. Dadurch ist – im Unterschied zum Modell der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland – nicht nachvollziehbar, wie die Daten verwendet werden, da für die einzelnen Verwendungen keine Gerichtsbeschlüsse mehr erforderlich sind. Einmal im Rechenzentrum der NSA abgespeichert, sind die Daten praktisch vogelfrei.

Im nächsten KOMPASS geht es um aktive Angriffe: Tailored Access Operations, Trojaner, Advanced Network Technology Katalog (manipulierte Hardware), Sabotage von Kryptographie-Standards.
Weiterlesen im KOMPASS-Blog: <http://kompass.im/kompass-2014-3-nsa-technik-und-programme/>



GEHEIME DIENSTE

BY-SA MICHAEL BALKE/BLAKE

Diese Organisationen gibt es in Deutschland

<p>Name Abkürzung gegründet Sitz Vorgängerorganisation zuständig für Mitarbeiteranzahl gesetzliche Grundlage jährliches Budget</p>	<p>Bundesnachrichtendienst BND 01.04.1956 Pullach und Berlin Operation Gehlen (bis 1956) Auslandsaufklärung ca. 6.500 BND-Gesetz von 1990 über 500 Millionen Euro</p>	 <p>Bundesnachrichtendienst</p>
<p>Name Abkürzung gegründet Sitz Vorgängerorganisation zuständig für Mitarbeiteranzahl gesetzliche Grundlage jährliches Budget</p>	<p>Bundesamt für Verfassungsschutz BfV 07.11.1950 Köln ---</p> <p>Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder ca. 2.750 Bundesverfassungsschutzgesetz von 1950 über 200 Millionen Euro</p>	 <p>Bundesamt für Verfassungsschutz</p>
<p>Name Abkürzung gegründet Sitz Vorgängerorganisation zuständig für Mitarbeiteranzahl gesetzliche Grundlage jährliches Budget</p>	<p>Landesämter für Verfassungsschutz LfV unterschiedlich unterschiedlich ---</p> <p>Wie BfV. Die LfV sind dem BfV nicht weisungsgebunden und agieren unabhängig voneinander je nach Bundesland unterschiedlich entsprechende Landesverfassungsschutzgesetze unterschiedlich</p>	 <p>Landesämter für Verfassungsschutz</p>
<p>Name Abkürzung gegründet Sitz Vorgängerorganisation zuständig für Mitarbeiteranzahl gesetzliche Grundlage jährliches Budget</p>	<p>Amt für den Militärischen Abschirmdienst MAD 1984 Köln Amt für Sicherheit der Bundeswehr (bis 1984) Extremismus-, Sabotage-, Spionage- und Terrorismusabwehr ca. 1.250 Gesetz über den Militärischen Abschirmdienst von 1990 über 70 Millionen Euro</p>	 <p>Amt für den Militärischen Abschirmdienst</p>
<p>Name Abkürzung gegründet Sitz Vorgängerorganisation zuständig für Mitarbeiteranzahl gesetzliche Grundlage jährliches Budget</p>	<p>Feldnachrichtentruppe ---</p> <p>verschiedene Sitze Frontnachrichtentruppe Nachrichtengewinnung und Aufklärung für die Bundeswehr nicht bekannt nicht bekannt nicht bekannt</p>	 <p>Feldnachrichtentruppe</p>

Fotos: CC BY-NC-ND: be-him, jens Matheuszik, campact

Kai Schmalenbach (MdL NRW der Piratenpartei), energiepolitischer Sprecher der Piratenfraktion im Landtag ist stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Immer mehr Mandate für rechtslastige Personen in den Kommunalparlamenten.

RECHTE NACH DEN WAHLEN: WAS TUN?

CC ZERO STEFAN MÜLLER/STM

DER VORORT

So richtig sichtbar wurden die Vorort-Nazis, als eines frühen Sommer-Morgens das Hakenkreuz auf der Bundesstraße prangte. Ein Strich vom Mittelstreifen wurde praktischerweise als Querbalken für das strafrechtlich verbotene Symbol genutzt. Nachbarn erzählen von dutzenden NPD-Aufklebern.

Das Bündnis „Schwerte gegen Rechts“ notiert dazu auf ihrer Facebook-Seite: „Die gesprühten Schmierereien, die unter anderem auf Garagen, Bushaltestellen und Stromkästen auftauchten, enthielten Hakenkreuze, SS-Runen und die Chiffre 88 (=HH=Heil Hitler). Wir, als Bündnis gegen Rechts, nehmen diese Angelegenheit sehr ernst, und bieten den Anwohner/innen, deren Garagen beschmiert wurden, bei der Entfernung dieser Schmierereien zu helfen. Die Geschädigten können sich melden, wenn sie Hilfe benötigen.“

Aber es bleibt nicht nur bei Sprayereien. Spätabends, in lauen Sommernächten, trifft sich eine kleine Gruppe in den Ruhrwiesen, um dann ihre Hassgesänge und „Sieg-Heil“-Rufe anzustimmen. Das ist das 5.000-Einwohner-Dorf Ergste, Stadtteil von Schwerte, unmittelbar vor der Hochburg der Rechten in dieser Region, der 600.000-Einwohner-Stadt Dortmund im westlichen Westfalen.

DIE GROSSSTADT

Naziaufmärsche in Dortmund. Zwei sehr aktive Piraten sind in vielen der Dortmunder Bündnisse gegen Rechts aktiv: Robert Rutkowski und Birgit Rydlewski.



DIE POLITIKER

Bei den Kommunalwahlen 2014 errang die Truppe um Borchard sowie die NPD jeweils einen Sitz im Stadtrat Dortmund. Neben einem Ratssitz in einer anderen Kommune ist dies das einzige Mandat, das die Partei „Die Rechte“ per Wahl errungen hat. Am Wahlabend gab es eine unschöne Aktion. Eine Gruppe von mehr als 30 Rechten versuchte, zur Wahlparty in das Dortmunder Rathaus einzudringen. Sie wollten den Einzug ihres Anführers Borchardt in den Stadtrat feiern.

Mitglieder der verschiedensten Parteien und Bewegungen postierten sich vor dem Eingang des Rathauses, um den Rechten deutlich zu zeigen, dass sie im Rathaus nicht willkommen sind. Die Neonazis, quasi uniformiert in einheitlichen T-Shirts mit Bezug auf ihre verbotene Vorläuferorganisation NWDO, griffen die Menschen vor dem Rathaus an. Unter den Angreifern waren etliche Kader des verbotenen „Nationalen Widerstands Dortmund“, unter anderem Dennis Giemsch und Dietrich Surmann. Sie kämpfen mit äußerster Brutalität: Es wurden Flaschen geworfen und Pfefferspray gegen Nazigegner eingesetzt, wodurch mehrere Menschen verletzt wurden, unter anderem auch PIRATEN-Ratsherr Christian Gebel.

Stefan Michaelis vom BlockaDO-Bündnis: „Die Nazis haben versucht in SA-Manier das Rathaus zu stürmen, aber zahlreiche Antifaschisten haben sich ihnen in den Weg gestellt. Trotz der Verletzten und der Brutalität der Nazis kann jedoch Folgendes festgehalten werden: Die Neonazis wurden von den Menschen vor dem Rathaus klar in ihre Schranken verwiesen.“

Individuelle Freiheit und absolutes Beteiligungsrecht an der Gesellschaft, in der wir Menschen leben, sind die zentralen Themen der Piratenpartei. Grundvoraussetzung dafür sind gleiche, unverletzliche und unveräußerliche Rechte eines jeden Menschen. Diese Fundamente werden von Nazis grundsätzlich verneint. Dem müssen wir uns entgegenstellen. Jeder nach seinen eigenen Möglichkeiten in Wort oder Tat (Demonstrationen).

Wird von den Verfassungsfeinden Gewalt angewendet, wie am 4. Juli in Aachen oder am 25. Mai 2014 in Dortmund, dann ist es die Verpflichtung eines jeden Demokraten, zusammenzustehen und gemeinsam dieser Gewalt entgegenzutreten. Diese gemeinsame Arbeit zeigt inzwischen auch Erfolge. Von den absoluten Stimmen haben die Naziparteien bei den letzten Wahlen verloren. Die Verbote von Kameradschaften und anderen Organisationen hat bei den Nazis Ressourcen gebunden, Geld gekostet und es sind weniger Aktive organisiert. Aber das reicht noch nicht!

Unsere Aufgabe ist es jetzt gerichtsfest darzulegen, dass die Partei „Die Rechte“ genau so verfassungfeindlich ist, wie die diversen verbotenen Kameradschaften, die in ihr aufgegangen sind. Es gilt weiterhin, Beweise zu sammeln, die zu einem Verbot dieser Partei führen.

Torsten Sommer
Mitglied des Landtages in der Piratenfraktion NRW



BRENNPUNKT NORDSTADT

Die Nordstadt in Dortmund spielt in diesem Zusammenhang eine große Rolle, denn „Die Rechte“ schlachtete die Verhältnisse für ihren Wahlkampf aus. In dem Viertel nördlich des Hauptbahnhofes gibt es zwei ganz große Themen: zum einen das Thema Armutsmigration. Es ist im Moment leider so, dass kriminelle Strukturen bessere Integrationsmöglichkeiten für arme Menschen, für Neuzwanderer bieten als das die Öffentlichkeit kann. Es funktioniert einfach reibungsloser, jemanden in eine kriminelle Struktur einzubinden, als in die sogenannte normale Gesellschaft. Dazu kommt, dass die Alteingesessenen und auch Sozialarbeiter zum ersten Mal damit konfrontiert sind, dass zum ersten Mal absolute Armut da ist. Das belastet die Menschen stark.

David: „Die sind einfach so verdammt arm, dass die kein Essen haben, oft kein Strom, kein Wasser haben und dass die nichts haben, um die Kinder in irgendeiner Form zu fördern und auch nicht wissen, wie das geht.“

Die Eltern sind oft selber Analphabeten und kennen sich mit Behörden-Kram überhaupt nicht aus. Die In-Obhut-Nahme kostet den stolzen Regelsatz von etwa 130 Euro pro Tag pro Kind. Es wäre tausendmal schlauer, einer Familie in der Woche diese 130 Euro zu geben. Billiger für uns, für die Gesellschaft und viel viel besser für die Familien, denn die sind durchaus in der Lage, sich selbst zu versorgen. Nur eben auf einem sehr niedrigen Niveau.

David Grade, Piraten-Politiker in Dortmund, erzählt: „Meine Erfahrung ist, sobald man in irgendeiner Form Behörden einschaltet, laufen die weg, egal ob Erwachsene oder Kinder.“ Das zweite Problem ist: was tun, wenn die Kinder Eltern haben, wenn die zusammen in irgendeinem Abbruchhaus le-

David: „Bei solchen Dingen denke ich mir dann immer, da muss jemand da sein, der den Mut hat, am System mal soviel zu drehen, dass so etwas möglich wird. Im Moment geht es nicht. Wenn die Leute nicht in den Sozialsystemen sind und in absoluter Armut leben, wo kriegen die Geld her? Denen bleibt oft nichts anderes übrig als in die Kriminalität zu gehen um zu überleben. Das hat gigantische Folgekosten. Da sag ich ganz klar: und ich denke auch die Piraten, Sozialpolitik ist die bessere Ordnungspolitik. Und auch die bessere Sicherheitspolitik. Sowohl kommunal als auch auf Landesebene, als auch auf Bundesebene, als auch auf EU-Ebene.“

Ignorieren

In einem Parlament ist das die erste Wahl: einfach nicht mit Rechtsauslegern zusammenarbeiten, nicht mit denen reden, und alle Anträge kategorisch ablehnen. Auf der Straße allerdings ist Ignorieren nicht immer die beste Lösung. Im Osten Deutschland wurde nach der Wende in den 1990ern eine Art Großversuch im Naziignorieren gestartet. Das führte dann zu „national befreiten Zonen“ und der NSU.

Blockieren

Klar haben angemeldete Nazi-Demos erst mal das grundgesetzlich garantierte Recht auf Versammlungsfreiheit. Allerdings gibts auch das Recht der Anderen: in Form von Gegendemos. Blockieren, also sich dem Demozug oder Nazi-Bus in den Weg stellen, geht allerdings ein Stück weiter. Nach dem Versammlungsgesetz ist Blockieren unter Umständen sogar strafbar. Problematisch wird es, wenn man den Rechten so Action liefert, mit der sie ihre oft sehr jungen Mitläufer stärker einbinden.

Repression

Eher was für den Staat. Verbotene Symbole aus der rechten Welt konsequent und zeitnah zu entfernen, ist eines der einfacheren Dinge. Der Staatsschutz bei den Polizeibehörden ermittelt gegen Nazi-Propagandisten.

Sozialarbeit

Leute zum Ausstieg aus der Radikalszene bewegen, ihnen Perspektiven aufzuzeigen. Auch das ist eine Aufgabe von Staat und Zivilgesellschaft.

Argumentieren

In Räten und Parlamenten können Redebeiträge von Rechten genutzt werden, um sie argumentativ bloßzustellen und zu widerlegen. Da einige Rechte rhetorisch sehr gut geschult sind, sollte man sich entsprechend gut vorbereiten.

WAS TUN?



„Alles gerät aus den Fugen“

Ein Interview mit Rosa Ananitschev über ihr Buch **Andersrum** und die Thematik Kindesmissbrauch.

CC BY-ND KOMPASS MIT ROSA ANANITSCHEV

Rosa Ananitschev (geborene Schütz) erblickte die Welt 1954 in einem deutschen Dorf in West-Sibirien (Gebiet Omsk). 1992 kam sie mit ihrer Familie nach Deutschland, lebt seit 1997 in gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft. Seit Ende 2010 veröffentlicht Rosa Ananitschev ihre Kurzgeschichten und Erinnerungen als eBook im Internet und in gedruckter Form.

Kompass: Du hast ein Buch über Kindesmissbrauch geschrieben, was unterscheidet dieses Buch von anderen, die es sicherlich schon gibt?

Rosa Ananitschev: Die Mischung macht es. Die Mischung aus Märchenhaftem, Science Fiction, Sozialem und Geschichte mit einem Schuss Autobiografie. Wobei das zentrale Thema der Erzählung für alle Zeiten immer brandaktuell bleibt.

Kompass: Was inspirierte dich, das Buch „Andersrum“ zu schreiben?

Rosa Ananitschev: Das Buch entstand nach und nach. Am Anfang war es eine märchenhafte Kurzgeschichte „Andersrum“ (in der Novelle der 1. Teil „Das Licht“), zu einem Bild geschrieben, auf dem ein Kind eine riesige, in der Erde verpflanzte Glühbirne bestaunt. Diese Geschichte wurde von Renate Zawrel (Sarturia Verlag) für eine Märchenanthologie ausgewählt. Die Arbeit an der Anthologie dauerte an. Inzwischen schrieb ich die Fortsetzung: „Die lachenden Gesichter“. Es war sozusagen eine Übungsarbeit - im Text sollten fünf Begriffe vorkommen. Erstaunlicherweise passten sie alle zu meiner eigenen Kindheit, riefen viele Assoziationen auf. Man muss diesen Teil wirklich lesen, um zu begreifen, wie das Leben der kleinen Lisa/Rosa war, und vielleicht wird man so manches auch gar nicht verstehen - aus heutiger Sicht ...

Von da an ließ mich das Mädchen nicht mehr los. In Gedanken kehrte ich immer wieder zu der kleinen Lisa in die Vergangenheit zurück, stellte mir vor, wie sie ihr Leben meisterte. Mir wurde klar - sie braucht Hilfe, denn alleine würde sie es mit ihrer schweren Last nicht schaffen. So kam es dazu, dass ich die Geschichte weiter schrieb.

Kompass: Das Schicksal der kleinen Lisa ist lange Zeit unklar. War das Buch von vornherein so geplant?

Rosa Ananitschev: Ich kenne die Meinung vieler meiner Landsleute, dass so etwas in Russland früher nicht möglich war - es gab keinen Kindesmissbrauch, schon gar nicht in deutschen Dörfern und in der Familie ... und wenn doch, dann waren es nur Einzelfälle. Ich erlaube mir zu behaupten, dass es nicht nur Einzelfälle waren. Aber die Öffentlichkeit erfuhr nichts davon, genauso wie von vielen anderen Verbrechen. Die Kinder litten stillschweigend, ohne jegliche Hilfe, ohne Hoffnung. Sie verdrängten, versuchten, mit der schrecklichen Last ein normales Leben zu führen. Wie viele schafften es nicht, wie viele scheiterten und zerbrachen, wie viele wurden selbst zu Verbrechern? Das weiß keiner.

Kompass: Das Schicksal der kleinen Lisa ist lange Zeit unklar. War das Buch von vornherein so geplant?

Rosa Ananitschev: Wie schon erwähnt, war das Buch anfangs so, wie es im Endeffekt geworden ist, nicht geplant. Erst, als ich nach



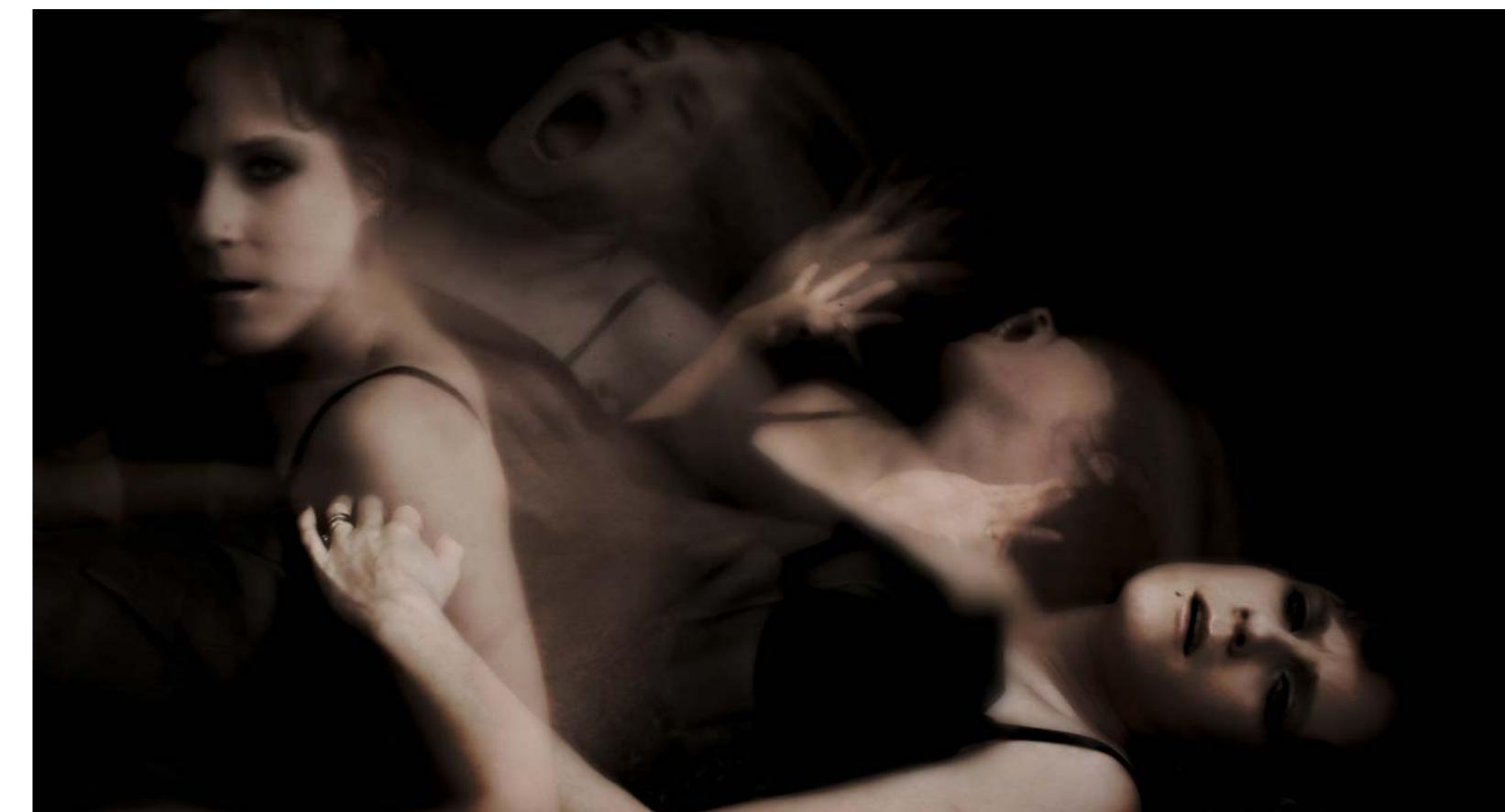
den zwei Teilen weiter schrieb, merkte ich, dass sie, obwohl abgeschlossen, wunderbar zu den Fortsetzungen passen. Der Grund von Lisas Traurigkeit war nur mir selbst bekannt, der Leser konnte bloß spekulieren, was mit dem Mädchen los war. Dabei sollte es auch im ersten Teil bleiben. Auch der Teil „Die lachenden Gesichter“ fügte sich bestens in das Ganze. Dieser Abschnitt zeigte ein wenig das Umfeld von Lisa, wie ihr Leben war, wie sie sich über so alltägliche, für heutige Kinder total langweilige Sachen, wie rote Gummistiefel freute. Es ist eine schöne, ruhige Geschichte, die beim Lesen ein Lächeln hervorzaubert. Aber die Ruhe ist trügerisch. Der Sturm kommt noch; ausgelöst durch eine „Kleinigkeit“, ist er unvermeidbar und nimmt ein Ausmaß, dem das Kind alleine nicht gewachsen ist.

Kompass: Warum kommt gerade Duh - ein fremdartiges Wesen - Lisa zur Hilfe?

Rosa Ananitschev: Nun, gerade deswegen, weil kein Mensch in Lisas Nähe dazu imstande war, ihr zu helfen, sie zu verstehen. Keiner hätte ihr geglaubt, ihr zugehört ... Es gab andere, dringendere Sorgen, es gab den alltäglichen Kampf, die Arbeit. Da waren Lisas Albträume ohne Bedeutung und ihre Traurigkeit, ihre depressiven Gedanken kümmerten die Erwachsenen nicht. Sie war ja noch/nur ein Kind ...

Kompass: Als Autorin willst du sicherlich eine Botschaft mit dem Buch vermitteln und erhoffst dir auch etwas davon. Was ist dies?

Rosa Ananitschev: Mit „Andersrum“ will ich zum Ausdruck bringen, dass jedes Kind ein einzigartiger, wertvoller Schatz ist. Unser aller Schatz. Dass ein kleiner Mensch unter Gewalt und Ungerechtigkeiten mehr leidet, als ein großer. Für ein Kind ist alles größer - ein freudiges Ereignis ebenso wie Schmerzen, die man ihm zufügt. Die ersten Jahre seines Lebens prägen seine Zukunft - das wissen wir alle, denn wir waren alle einmal Kinder, nur haben es einige vergessen, darunter auch diejenigen, die als Erwachsene Kinder missbrauchen. Ich weiß, kein Buch der Welt kann einen Kinderschänder zur Reue bringen - er wird weiter machen. Aber vielleicht können wir uns schützend vor ein Kind stellen und es nicht mehr zulassen!



Vielleicht können wir lernen, ein Kind, das uns stumm etwas mitzuteilen versucht, zu verstehen, ihm endlich zuzuhören! Vielleicht können wir lernen, ihm zu vertrauen und zu glauben! Und dann wird das Kind auch uns vertrauen und das erzählen, was es niemandem zu erzählen wagt. Dann wird sich der ungeheuerliche Schmerz nicht in sein Unterbewusstsein herabsenken und das ganze Leben zur Hölle machen, denn dann können wir Erwachsene dem Kind helfen.

Kompass: Wäre die Bezeichnung Märchenbuch treffend?

Rosa Ananitschev: Nein „Andersrum“ ist definitiv kein Märchen.

Kompass: Für welche Altersgruppe ist das Buch gedacht und in welches Genre könnte man es einordnen?

Rosa Ananitschev: Das Buch ist für mich selbst schwer einzuordnen. Ob das jetzt gut oder schlecht ist, aber ich denke, es lässt sich einfach in keine der „Genre-Schubladen“ stecken. Es ist für Erwachsene gedacht, jedoch auch Jugendliche ab 12 - 14 Jahren können es lesen und ihre Schlüsse daraus ziehen.

Kompass: Was kann jeder von uns gegen Kindesmissbrauch tun bzw. was ist deiner Ansicht nach am wichtigsten?

Rosa Ananitschev: Ich bin mir sicher - viele, die zufällig dieses Interview lesen oder denen

so ein Buch wie „Andersrum“ in die Hände fällt, tun es einfach ab, denken: „Das betrifft mich, meine Familie nicht!“ Natürlich vertraut man Partnern, mit denen man zusammenlebt, und so soll es ja auch sein. Aber das Vertrauen darf nicht blind sein, nicht auf Kosten eines kleinen Menschen, nicht wenn ein Kind alarmierende Signale aussendet, stumm um Hilfe ruft. Man hört sie nicht - diese Rufe, aber man kann sie fühlen ... wenn man nicht die Augen und Ohren und das Herz verschließt. Ja, Vertrauen ist wichtig, aber auch dem eigenen Kind soll man Vertrauen schenken können.

Das kann jeder von uns - aufmerksam sein, auf die Kinder Acht geben, sei es eins aus der Nachbarschaft, aus dem Freundeskreis oder auch eins, das uns zufällig irgendwo begegnet.

Kompass: Auch die Politik kann sicherlich mehr tun, als nur Placebomaßnahmen beschließen, wo wäre hier der richtige Ansatzpunkt aus deiner Sicht?

Rosa Ananitschev: Es fällt mir schwer, Kindesmissbrauch aus politischer Sicht zu betrachten. Für mich ist das ein Verbrechen, das kein Gewissen kennt. Es sind Unmenschen, die leider viel zu gut das Tarnen verstehen. Sie haben sich überall eingenistet, in allen Bereichen - in der Kirche, in der Wirtschaft, in der Kunst und auch in der Politik. Wie bekämpft man sie mit Erfolg? Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, ob dieser Kampf überhaupt irgendwann ein Ende haben wird ...

Aber natürlich kann die Politik einiges für Missbrauchsopfer tun. Die Betroffenen brauchen professionelle Unterstützung, und es müssen viel mehr Hilfestellen eingerichtet werden, die über ausreichend Fonds verfügen. An diesen Stellen darf nicht gespart werden! Eine Therapie ohne lange Wartezeiten muss möglich sein - in erster Linie für die Opfer. Und auf jeden Fall sollten die Strafen für Kindesmissbrauch härter werden. Aber einem guten, gewissenhaften Politiker fällt da viel mehr ein, und wenn alle unsere Politiker an einem Strang ziehen, dann kann der Kampf auch Erfolg bringen.

Kurzvita

Rosa Ananitschev (geborene Schütz) erblickte die Welt im März 1954 in einem deutschen Dorf in Westsibirien (Gebiet Omsk). Ende 1992 kam sie mit ihrer Familie nach Deutschland und lebt jetzt in Hemer im Sauerland. In Russland hatte sie den Beruf Bibliothekarin erlernt und viele Jahre ausgeübt, auch in Deutschland arbeitet sie als Assistentin in einer Stadtbücherei. Sie ist Mutter von zwei Söhnen und Großmutter von zwei Enkelkindern, lebt seit 1997 in gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaft. Rosa Ananitschev schreibt und veröffentlicht ihre autobiografische Werke und Kurzgeschichten seit 2010 auf einer Internet-Plattform.

Homepage: <http://www.rosa-andersrum.de/>

Kurzgeschichte



CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT/ULRICS

Schon lange lief es mit der Wirtschaft in dem kleinen Königreich Beerde nicht so gut. Die Verkäufe an den Ständen auf den Märkten wurden immer schlechter, denn über das Ih-Mag konnte inzwischen allerlei erworben werden, ohne diese lästige Bewegung und ohne Wartezeiten oder Ärger mit Laufboten. Das Gewünschte wird quasi unverzüglich gedehaelt.

Da die ehemaligen Händler nun deutlich mehr Zeit und kaum noch Barschaft hatten, waren sie auf der Suche nach neuen Betätigungen. In einer uralten Überlieferung fand einer von ihnen einen Hinweis auf eine

Logik der Raubritter auch dem noch innovativ. Daneben wurden Schauspiel folgen, somit musste den noch die Mitteilungen des auch gezahlt werden. Wer nicht zahlte - verlor die Augen.

bereitwillig. Einige Schlaue versuchten das Schauspiel von der Bühne mit ihrem Ih-Mag zu übertragen, aber das wollten die Ritter des Nichts nicht. Schließlich wäre es doch keine Abzocke, wenn jeder wirklich zuschaute.

sagenumwobene Organisation, welche jeden im Land kannte und von diesen Gelder verlangte.

Für die Gelder wurde nicht etwa eine Leistung erbracht, sondern lediglich auf einer Bühne im Finsterwald ein beständiges Schauspiel aufgeführt. Dass die Bevölkerung dabei nicht anwesend war, sahen die Raubritter des Nichts allerdings nicht als ihr Problem an, denn schließlich könnte ja jeder jederzeit vorbeischauen. Auf eigene Kosten versteht sich.

Damals zogen die Raubritter und ihre Überwachungsbongs durchs Land und keiner konnte sich ihnen entziehen. Jeder der Augen hatte, konnte nach der

Das Ih-Mag ist eine magische Holzplatte, die mit anderen Platten dieser Art in Kontakt treten kann. Dehaelten: Etwas auf magische Art geliefert bekommen. Wartezeiten und andere Probleme entfallen. Überwachungsbongs sind kleine fluffige rosa Wesen, über die man alles beobachten kann.

Die Händler machten sich nun dieses Konzept zu kopieren, schließlich war es bei ihnen schon seit jeher Sitte, alles zu kopieren, was möglich war.

Sie zimmerten eine Bühne und begannen gar schreckliche Vorstellungen auf dieser Bühne. Insbesondere Geschichten, in

Überall im Reich hingen Plakate, welche auf die Möglichkeit der Teilnahm hinwiesen. Klein am Rand stand, dass jeder zahlen müsse, der Augen habe. Zuschauer fanden sich kaum ein, trotzdem ritten schon bald die neuen Ritter des Nichts und forderten Abgaben.

Zuerst wurden sie ausgelacht,

aber nachdem die ersten unfreudigen Zuschauer ihre Augen verloren, zahlten immer mehr

Das ewige
GEZÖRRE

CC BY-NC-SA ULRICH SCHARFENORT/ULRICS



ZDF machte Wahlwerbung für DIE PARTEI ...

... indem es einen Wahlwerbespot nicht zeigt.

Normalerweise haben Wahlwerbespots das Ziel gesendet zu werden und die Aufmerksamkeit potentieller Wähler auf die Partei zu ziehen. Das ZDF lehnte einen Wahlwerbespot von DIE PARTEI ab, weil es den Spot als Werbung für das Parteimedien Titanic (ein Satiremagazin) ansah. Auch nach Zensur der betreffenden Bereiche wollte das ZDF den Spot nicht zeigen.

Ich bin ziemlich sicher, hätte das ZDF den Spot einfach gesendet, hätte kaum einer darüber geredet. Durch die Ablehnung und anschließende Berichterstattung gab es wesentlich mehr Aufmerksamkeit (Streisand-Effekt). Wenigstens hat DIE PARTEI uns GEZ-Steuerzahldern erspart, für einen Prozess zu zahlen. Wobei ich nicht sicher bin, ob der Spot nicht von vornherein so gemacht war, dass er abgelehnt werden musste.

Hier können andere Parteien über eine erfolgreiche Medienkampagne einiges abschauen. Die Leser und Zuschauer mögen Skandal und dieser bringt Quote bzw. Auflage. Die öffentlich-rechtlichen Sender verstehen anscheinend wenig von medialen Prozessen. Nicht ohne Grund sinken die Einschaltquoten seit Jahren, dazu aber in einer zukünftigen Ausgabe des Kompass mehr.

Verlegt, Vergessen, Geklaut oder Geraubt?

MEIN HANDY IST WEG! WAS NUN?

CC BY-NC-ND ULRICH SCHARFENORT / ULRICS

Ein Handy ist etwas tolles, besonders in der Smartphone-Variante kann man unglaublich vielfältiges damit machen. Wenn das Handy allerdings weg ist, hat man erst einmal eine Menge Ärger. Gut ist, wenn man vorgesorgt hat.

Je nach Speicher des Mobiltelefons sind die unterschiedlichsten Daten darauf gespeichert. Neben Telefonnummern und anderen Kontaktdaten können dies auch Bilder oder Videos sein. Besonders pikant wären intimere persönliche Aufnahmen, welche die eine oder andere Person auch auf dem Handy hat.

NUR VERLEGT

Ist das Handy nur verlegt und angeschaltet, hilft es, die eigene Rufnummer zu wählen und die Chance ist gut, es wieder zu finden. Wer es nur verlegt hat, hat auf jeden Fall Glück gehabt.

VERLOREN ODER GEKLAUT

Wurde das Handy verloren, besteht eine Chance, es dort, wo es verloren ging, wie zum Beispiel Restaurant oder Bus, wieder zu bekommen. Rechnen kann man damit nicht, weil es ein unehrlicher Finder auch einfach mitnehmen könnte. Dies wäre dann eine Variante des Diebstahls, die andere aus einer Tasche. Sogar direkt unter der Nase werden einem die Handys teilweise geklaut. Dazu halten die Täter zu Ablenkung eine Zeitung oder ähnliches über das Handy, welches dann in der Folge vom Tisch oder Sitzplatz verschwindet.

SPERRUNG DER TELEFONNUMMER

Das Handy ist weg: schnelles Handeln ist gefragt. Nicht, weil man dieses wiederbekommen könnte. Dies ist leider eher unwahrscheinlich. Vielmehr geht es darum zu verhindern, dass der Dieb das Handy nutzt, um sich über kostenpflichtige Nummern zu bereichern. Da können sehr schnell mehrere tausend Euro auf der nächsten Rechnung stehen. Gut, wenn der Nachweis gelingt, dass man die Nummer sofort sperren lassen. Dies geht entweder in einem Geschäft der Telefongesellschaft oder bei der dieser selbst. Dabei lässt sich direkt eine Ersatzkarte ordern (kostenpflichtig). Extrem wichtig ist natürlich der schriftliche Nachweis, dass man die Nummern hat sperren lassen.

Die gilt natürlich auch, wenn das Handy nur verloren wurde, man sich aber nicht sicher ist, ob man es wieder bekommt. Im Zweifelsfall ist das Risiko einer Sperrung geringer.

STRAFANZEIGE

Bei der Polizei kann man den Diebstahl oder den Raub melden und sollte dies auch tun. Es besteht ja zumindest die theoretische Chance, dass Handy wieder zu bekommen. Dazu ist es wichtig, das Nummernschild des Handy (IMEI-Nummer) notiert zu haben. Mit dieser Nummer kann das Handy eindeutig identifiziert werden. Zur Anzeige der Nummer *#06# eintippen oder in den Unterlagen zum Handy nachzuschauen.



Foto: CC BY-SA: Björn Kietzmann, Jenni Fuchs, Elias Schwerdtfeger, Rosa Pomar, gynti 46, Senad Palić, Jonathan Coulton, Creative Commons

DATENLÖSCHUNG UND DATENSPARSAMKEIT

Am besten ist natürlich, wenn man erst gar keine unnötigen oder gar peinlichen Daten auf dem Handy hat bzw. diese regelmäßig löscht. Es ist sonst nicht ausgeschlossen, dass diese in irgendeiner Form missbraucht werden. Passwörter könnten für das Ändern der Emailadresse oder ähnliches genutzt werden. Andere Daten lassen sich unter Umständen verkaufen. Es ist möglicherweise nicht nur das Handy weg, sondern auch noch der Mail-, Facebook- und/oder Twitteraccount. Auch bei den Telefonnummern sollte allein schon wegen der Datenkraken (Google, Facebook, usw.) möglichst wenig an Informationen gespeichert werden. Zum Beispiel keine vollständigen Namen, sondern nur kryptische für einen Selbst verständliche Bezeichnung.

NACHTRÄGLICHES LÖSCHEN

Es gibt auch Apps mit denen sich die Daten vom Handy per Fernzugriff löschen lassen, was aber voraussetzt, dass dieses an ist, was nicht unbedingt mehr der Fall sein muss. Zumal man für den Fernzugriff einen Computer, ein anderes Smartphone oder ähnliches braucht.

HANDYORTUNG

Die Ortung eines Handy kann nicht nur für Überwachung missbraucht werden. Sie hilft eventuell auch beim Wiederauffinden helfen. Wichtig: das Handy muss dazu angeschaltet sein. Was besonders bei Profis nur selten der Fall sein dürfte. Es gibt Ortungsapps, die unabhängig von einer SIM-Karte funktionieren, womit das Handy immer auffindbar sein dürfte.



GEHEIMDIENSTE GEGEN DIE EIGENE BEVÖLKERUNG

INTERVIEW MIT PADELUUN VON DIGITALCOURAGE

CC BY-NC ND JÜRGEN ASBECK/TIMECODEX

Edward Snowden enthüllte im Jahr 2013 das Ausmaß der „Globalen Überwachungsmaschinerie“ der USA und Großbritanniens.

Praktisch die gesamte weltweite Kommunikation ist davon betroffen. Wir haben den Netzaktivisten und Künstler padeluun gebeten, uns ein paar Fragen zu dem Thema zu beantworten.

Was sind die Beweggründe der beschuldigten Staaten für diese umfassenden Rechtsbrüche?

PADELUUN: Da ist wohl kein Staat auf der Welt unschuldig. Jede Führerin oder Führer hat gerne mehr Informationen, als es recht und richtig ist. Und die Bevölkerung glaubt ganz im Sinne von Machiavelli, dass das ja uns allen dienen würde. Diesen Irrglauben müssen wir aus unseren Köpfen bekommen. Geheimdienste dienen nur dem Machterhalt der Mächtigen. Sie dienen nie der Demokratie oder dem Rechtsstaat. Geheimdienste sind die Terroristen, die andere Länder ins Chaos zu treiben versuchen. Was die wehrhafte Demokratie benötigt, sind Abwehrspezialisten - und die Abwehr kann offen und transparent arbeiten.

Was wird die NSA-Affäre bei den Menschen bewirken?

PADELUUN: Da kann ich mir viel zu ausdenken. Zwei Sachen liegen auf der Hand: Es fordert den Irrglauben, dass man ja „eh nichts tun kann, die wissen ja sowieso schon alles“, als auch dass das Wissen um die Machenschaften die Empörung befördern und Menschen sind endlich hinstellen und dem Pack, das mit geheimdienstlichen Mitteln gegen die eigene oder „fremde“ Bevölkerungen arbeitet, das Geld entzogen, Verträge gekündigt und damit das Handwerk gelegt wird.

Welche Auswirkungen hat das Wissen, ausgespäht zu werden, auf die Demokratie?

PADELUUN: Das hat schon das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Volkszählungsurteil gut klar gestellt: Menschen, die befürchten müssen, dass sie die ganze beobachtet und bewertet werden, zum angepassten Verhalten tendieren und sind damit dem demokratischen Prozess entzogen.

Welche gesetzlichen oder gesellschaftlichen Konsequenzen sollten auf diese Affäre folgen?

PADELUUN: Aufklären, Verträge und Gesetze analysieren und abwickeln. Das Ziel ist der komplette Abbau aller geheimdienstlicher Strukturen. Auslandaufklärung auf wissenschaftliche Dienste umstellen und der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Das meiste, was Geheimdienste rausfinden, steht sowieso schon in Wikipedia.

Damit das umgesetzt wird, muss sich ein Grossteil der Bevölkerung hinter solche Ansichten stellen. Dafür heißt es - im ganz positiven Sinne - aufklären, informieren und auf der Straße und der Wahlurne deutlich zeigen, was wir von einer Regierung halten, die uns verrät und verkauft. Und bekämpft Eure Feinde, nicht Euch selbst. Demokratie braucht Streit - nicht Gezänk. Und spendet an Organisationen, die dieses Thema immer wieder angehen, zu Demos aufrufen, Strafanzeigen stellen - und arbeitet selber mit.

Padeluun, vielen Dank für das Gespräch.

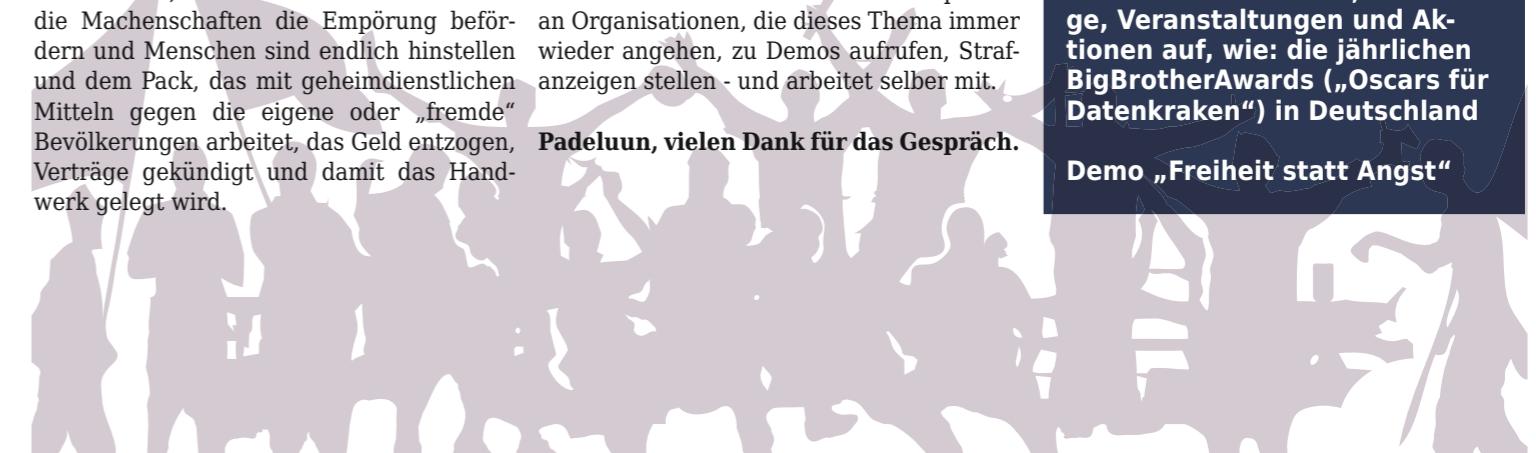


DIGITALCOURAGE E.V.
(vormals: FoeBuD e.V.)

setzt sich seit 1987 für Bürgerrechte und Datenschutz ein. Digitalcourage wehrt sich dagegen, dass unsere Demokratie „verdauet und verkauft“ wird. „Wir wollen keine Gesellschaft, in der Menschen nur noch als Marketingobjekte, Manövriermasse beim Abbau des Sozialstaates oder als potentielle Terroristen behandelt werden. Wir wollen eine lebendige Demokratie.“

Digitalcourage klärt durch Öffentlichkeitsarbeit, Vorträge, Veranstaltungen und Aktionen auf, wie: die jährlichen BigBrotherAwards („Oscars für Datenkraken“) in Deutschland

Demo „Freiheit statt Angst“



Das politische Gespräch:

BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN STATT URHEBERRECHT?

CC BY-NC ND JÜRGEN ASBECK / TIMECODEX

Für kreativ Schaffende ist es seit langer Zeit schwierig, von ihrer Arbeit leben zu können. In Zeiten des Feudalismus diente sich der Künstler einem Herrscher an, um für diesen zu arbeiten. Kunst war reine Auftragsarbeit. Das bedeutete, dass wenige ein Auskommen finden konnten, für die meisten blieb die Kunst „brotlos“. In der Zeit kapitalistischer Wirtschaftssysteme, auch in selbsternannten „kommunistischen Staaten“ wie der Volksrepublik China, hat sich für den Künstler die Situation nicht verbessert. Zwar kann er jetzt auf breiterer Basis versuchen, seine Arbeit gewinnbringend zu verwerten, jedoch profitieren oft nur seine Geschäftspartner davon.

Der KOMPASS hat Autor Ilja Braun (Grund- einkommen statt Urheberrecht) und Piratenpolitiker Thomas Küppers fünf Fragen dazu gestellt.

1 Wer profitiert heute von der Arbeit der Maler, der Musiker und der Schriftsteller?

ILJA BRAUN: Wenn es gute Arbeit ist, profitieren die davon, die die Werke rezipieren, hoffe ich mal. Finanziell profitieren leider die Verwerter heutzutage oft überproportional.

THOMAS KÜPPERS: Wir alle! Es ist die Kunst, die uns das Leben versüßt. Wenn ich morgens zur Arbeit fahre und dabei Musik höre, mittags an den Skulpturen im Park vorbei gehe oder Abends zum Einschlafen ein gutes Buch lese. Wir alle profitieren, aber die meisten Künstler werden dafür nicht ordentlich bezahlt - da müssen wir ran. Den Profit streichen sich die Verkäufer und nicht die Schöpfer der Kunst ein. Das finde ich unfair!

2 Welche neuen Geschäftsmodelle können Künstler heute für sich eröffnen?

THOMAS KÜPPERS: Die klassischen Geschäftsmodelle - ich stell mich auf den

Markt und verkauf ein Bild - wurden durch das Internet um viele neue Möglichkeiten erweitert. Mir fällt da direkt das Crowdfunding ein - der Künstler skizziert seine Idee und sucht über das Internet Menschen, um das Projekt zu finanzieren. Das Internet bietet neue Möglichkeiten, weist aber auch neue Gefahren auf. Es gelten im Internet veränderte Spielregeln. Diesen Umstand muss man akzeptieren und beherzigen.

Ansonsten erleidet man Schiffbruch. Als prominentes Beispiel möchte ich die Musikindustrie anführen, die sich jahrelang weigerte, ihre Geschäftsmodelle anzupassen und dadurch eine Bauchlandung nach der nächsten hinlegte. Jetzt nimmt die Musikindustrie wieder Fahrt auf, nachdem sie sich anpassen musste.

ILJA BRAUN: Wenn KünstlerInnen UrheberInnen sind, dann haben sie per definitionem ein Geschäftsmodell: Sie handeln dann mit Rechten an ihren Werken, so wie andere Leute mit anderen Dingen handeln. Geistige Schöpfungen in Waren zu verwandeln, ist schließlich die Kernleistung des Urheberrechts. Jenseits davon mag es noch alle möglichen anderen Geschäftsmodelle geben. Dafür bin ich kein Experte. Interessant wird es doch dort, wo die Vermarktung, Geschäftsmodell hin oder her, nicht funktioniert, weil es keine Marktnachfrage dafür gibt. Da stellt sich dann die Frage, ob man

solche nicht marktaugliche Kunst unter Umständen trotzdem finanzieren will - und wenn ja, wie.

3 Wäre eine „Kulturflatrate“ eine Möglichkeit für Kreative und Nutzer?

ILJA BRAUN: Für NutzerInnen auf jeden Fall, es gibt ja heute schon Pauschalvergütungssysteme, die gut funktionieren. Für Kreative? Kommt drauf an. Wenn auf der einen Seite per Flatrate gezahlt wird, kommt auf der anderen Seite weder automatisch mehr an, noch ändert sich etwas an der Verteilung. Vor allem letzteres müsste aber geschehen, damit nicht, wie derzeit, 80 Prozent des Geldes bei 20 Prozent der Branchenstars landen.

THOMAS KÜPPERS: Eine Kulturflatrate kann eine Lösung darstellen - bislang gibt es aber noch kein überzeugendes Modell, welches die Einnahmen fair an die Künstler zurückverteilt. Wir möchten nicht, dass das Geld bei den großen Rechteverwertern hängen bleibt und die vielen kleinen Künstler außen vor bleiben. Am Anfang des Jahres habe ich mich sehr intensiv mit digitalen Verteilungssystemen beschäftigt. Meiner Einschätzung nach würde ein halbwerts faires System einen immensen technischen Aufwand bedeuten und große Datensammlungen erzeu-

Foto: CC BY-SA: Snap2objects, Christine Zander



gen. Die Frage ist: Wollen wir das? Gibt es andere Möglichkeiten der Vergütung?

4 Ist das „Bedingungslose Grund- einkommen“ (BGE) eine Mög- lichkeit, die Arbeit von Urhebern zu vergüten?

THOMAS KÜPPERS: Das BGE ist viel mehr als eine Vergütung - es ist die grundsätzliche Absicherung unserer Existenz. Ich bekomme im Monat den Betrag, den ich für das Leben benötige. Wenn ich heute als Künstler ein Geschäft aufbauen möchte, dann muss ich mich erstmal mit allem anderen Dingen beschäftigen und kann mich nicht auf meine Kunst konzentrieren: Ich muss dafür sorgen, dass ich etwas zu essen habe und die Wohnung bezahlen kann, dann muss ich mich durch den Verwaltungssumpf wühlen, um mein Geschäft aufzubauen. Wir machen es uns da unnötig schwer. Der Künstler kann durch das BGE direkt durchstarten. Mit dem BGE kommt eine extreme Vereinfachung des Steuersystems einher, welches jedem Künstler helfen wird, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren: Tolle Kunst für unsere Gesellschaft zu erschaffen.

ILJA BRAUN: Ich glaube, es gibt beim Urheberrecht und dem kreativen Schaffen zwei Grundprobleme: 1. Das Urhebervertragsrecht ist nicht stark genug ausgestaltet. Kreative können ihre Rechte gegenüber stärkeren Vertragspartnern meist nicht durchsetzen. 2. Das Verteilungsergebnis auf kulturellen Märkten läuft stets auf ein grobe Ungleichverteilung hinaus: Der größte Batzen Kohle landet bei wenigen Stars. Das ist weder im Interesse sozialen Ausgleichs noch kultureller Vielfalt. Gerecht und zukunftsstauglich kann meiner Meinung nach nur eine Lösung sein, die auf diese beiden

Arbeit zunehmend der Prototyp für alle Arbeit in der Immaterialgüterökonomie wird.

THOMAS KÜPPERS: Wir brauchen ein zeitgemäßes Urheberrecht, welches für einen fairen Entlohnung sorgt und wir benötigen ein Sozialsystem, welches eine gut funktionierende Existenzabsicherung den Künstlern bietet - das Grundeinkommen.

Probleme eine Antwort gibt.

THOMAS KÜPPERS: Wir brauchen ein zeitgemäßes Urheberrecht, welches für einen fairen Entlohnung sorgt und wir benötigen ein Sozialsystem, welches eine gut funktionierende Existenzabsicherung den Künstlern bietet - das Grundeinkommen.

Abschließend möchte ich einen Wunsch äußern: Ich wünsche mir mehr Respekt für die Künstler und ihre Werke. Kunst füllt nicht den Magen, aber die Seele. Was wären wir ohne Kunst?

Kompass: Ilja Braun, Thomas Küppers, vielen Dank für das Gespräch.